



ASIEN/SYRIEN - Bericht zur Religionsfreiheit: Sektiererische und konfessionelle Gewalt nimmt zu

Washington (Fidesdienst) – Die jüngste Zerstörung des Minarets der Omayyad-Moschee in Aleppo und die Entführung der beiden orthodoxen Bischöfe, so Beobachter zum Fidesdienst, seien Anzeichen dafür, dass im syrischen Konflikt „eine rote Linie überschritten wurde“. Durch den Konflikt nehmen Menschenrechtsverstöße und Verstöße gegen die Religionsfreiheit und religiös motivierte Übergriffe auf Personen und Einrichtungen zu: dies geht aus dem jüngsten Bericht der „United States International Commission on Religious Freedom“ (USCIRF) mit dem Titel „Schutz und Förderung der Religionsfreiheit in Syrien hervor, der in den vergangenen Tagen veröffentlicht wurde. Die Kommission ist ein unabhängiges und parteienübergreifendes Organ des amerikanischen Kongresses, das 1998 zur Beobachtung der Religionsfreiheit in aller Welt geschaffen wurde und Empfehlungen an die US-amerikanische Regierung abgibt.

In dem Bericht, der dem Fidesdienst vorliegt, wird betont, dass „Regierungskräfte religiös motivierte Angriffe gegen sunnitische Muslime und Mitglieder der religiösen Minderheiten durchführen ließen“, während „sektiererische Gewalt und eine Rhetorik der Gewalt auf religiöser Basis“ zunehmen. „Zunehmend besorgniserregend“ sei die „Situation der Religionsfreiheit in Syrien“, die von der Eskalation der Gewalt und der humanitären Krise gekennzeichnet sei, was sich auf alle Religionsgemeinschaften auswirke.

Die friedliche Proteste, die im März 2011 begannen, heißt es in dem Bericht, hatten keinen religiösen oder sektiererischen Hintergrund, während Präsident Assad die gewaltsame Unterdrückung anordnete und das Regime immer wieder betonte, man bekämpfe „islamistische Fraktionen“. Im Dezember 2012 wies der „Menschenrechtsrat“ der Vereinten Nationen darauf hin, dass der Konflikt zunehmend polarisierend und gewaltsam geworden war und zwar nicht nur unter Assad-Anhängern und Oppositionellen sondern auch zwischen den verschiedenen ethnischen Gemeinschaften und Religionen. Dabei verflochten sich die ethnische und religiöse Identität mit politischen Aspekten „so dass ganze Stadtteile von spezifischen ethnischen oder religiösen Gruppen dominiert werden“. „Religiös motivierte Angriffe des Assad-Regimes und der oppositionellen Gruppen führen zu schweren Verstößen gegen die Religionsfreiheit“, so die Kommission. Solche Verstöße „gefährden auch die religiöse Vielfalt in Syrien und fördern die Bereitschaft zu religiöser Gewalt und Vergeltungsmaßnahmen in einer Zeit nach dem Regime, in der religiöse Minderheiten besonders angreifbar sind“, heißt es in dem Text weiter. Angaben der Opposition zufolge soll das Assad-Regime und dessen Soldaten über 500.000 Gebäude zerstört haben, darunter Wohnungen, Schulen, Moscheen, Kirchen und Krankenhäuser. Doch auch die bewaffneten Gruppen der Opposition, insbesondere solche, die aus dem Ausland in das Land kommen, verübten ähnliche Übergriffe: der Bericht erinnert an die Plünderung und Verwüstung der antiken Synagoge in Damaskus, die Zerstörung schiitischer Moscheen, Entführung christlicher Religionsvertreter und Schändung von Kirchen. (PA) (Fidesdienst, 25/04/2013)